

Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 01/2019



Liebe Leserin, lieber Leser,

während die meisten Menschen in NRW am Silvesterabend mit Familien und Freunden das neue Jahr feierten, verletzte ein Amokfahrer in Essen, Oberhausen und Bottrop viele Menschen aus rassistischer Motivation. Dieser Vorfall beschäftigte den Landtag gleich zu Beginn der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr. Die Debatte zeigte leider mal wieder sehr deutlich, dass verbale Brandstiftung längst auch in Parlamenten stattfindet. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty lud deshalb in seiner [Rede](#) alle demokratischen Fraktionen im Landtag ein, einen „gemeinsamen Pakt gegen rechte Gewalt“ zu schließen.

Die drei ersten Plenartage waren prall gefüllt mit weiteren aktuellen Entwicklungen. So hatte auch der Hackerangriff auf die persönlichen Daten vieler Abgeordneter aus NRW ein Nachspiel im Landtag. Pro Jahr werden in NRW rund 3000 Fälle von Angriffen auf die persönlichen Daten von Bürger*innen registriert. Verhindern lässt sich dies nur in den seltensten Fällen, deshalb müssen Verbraucher*innen dabei unterstützt werden, sich sicher und souverän im Netz zu bewegen. Unser Antrag, bestehende Angebote zur digitalen Aufklärung flächendeckend auszubauen, beispielsweise bei den Verbraucherzentralen, wurde leider abgelehnt.

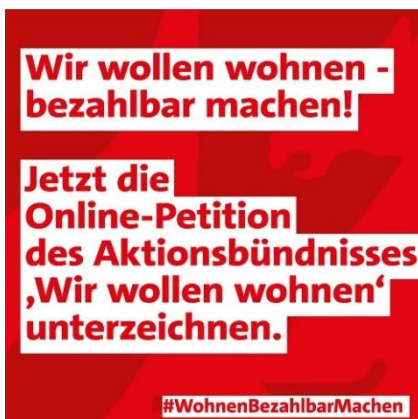
Ich persönlich freue mich, dass mittlerweile die Enquete-Kommission zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie, der neben mir auch mein Kollege Rainer Bovermann angehört, ihre Arbeit aufgenommen hat. Die ersten Treffen haben gezeigt, dass wir als SPD mit einem Plan und guten Ideen an die Arbeit herangehen. Ich bin umso gespannter, ob die CDU, die immerhin diese Kommission beantragt hat, in den nächsten Sitzungen nachlegt.

Ich wünsche Ihnen und euch ein gutes und gesundes neues Jahr!
Glück auf, Ihre/eure Nadja Bütetführ

Kita-Gebühren Gleich zu Beginn des neuen Plenarjahres kündigte FDP-Familienminister Joachim Stamp an, das zweite Kita-Jahr in NRW gebührenfrei zu gestalten. Die SPD-geführte Landesregierung hatte bereits die Gebühren für das erste Kita-Jahr abgeschafft, weshalb wir jetzt ausdrücklich begrüßen, dass sich Minister Stamp dazu durchgerungen hat, den Willen zehntausender Eltern nicht weiter zu missachten. Der Druck, den die SPD-Fraktion im Landtag gemacht hat, hat sich offenbar gelohnt, denn für uns ist klar: Bildung muss gebührenfrei sein. Minister Stamp nützt jedoch in diesem Fall vor allem der finanzielle Rückenwind aus Berlin, den ihm SPD-Familienministerin Franziska Giffey mit dem Gute-Kita-Gesetz verschafft hat. Die Gebührenfreiheit für ein weiteres Kita-Jahr ist eine gute Nachricht für die Familien in NRW. Es ist aber nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, denn der Weg ist frei für eine vollständige Abschaffung. Es sind derzeit ausreichend Mittel da, die Eltern sofort von den unsozialen Zuzahlungen zu befreien.



Kahlschlag beim Mieterschutz Der Deutsche Mieterbund, die Wohlfahrts- und Sozialverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben in diesem Monat in NRW das Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen“ gegründet. Die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch, denn selbst für normal verdienende Menschen ist das Wohnen in vielen Städten zunehmend unbezahlbar. Die schwarz-gelbe Landesregierung von Armin Laschet fällt ihnen mit einem Kahlschlag beim Mieterschutz in den Rücken und erleidet zudem beim öffentlich geförderten Wohnungsbau Schiffbruch. Daher begrüßen wir die Gründung des neuen Aktionsbündnisses aus insgesamt acht Organisationen ausdrücklich und werden es mit aller Kraft unterstützen. Auch wir wollen bezahlbares Wohnen. Deshalb darf der Schutz der Mieter*innen vor Preiswucher und Verdrängung aus angestammten Wohnquartieren nicht beschnitten werden. Zudem fordern wir unter anderem eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, eine verstärkte



Förderung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften, eine Erhöhung des Fördervolumens im Sozialen Wohnungsbau über 1,1 Milliarden Euro hinaus sowie eine Flexibilisierung der Förderkonditionen. Mehr als 10,1 Millionen Menschen in unserem Land leben in Mieterhaushalten. Jeder Einzelne kann sich nur schwer gegen den Abbau des Mieterschutzes wehren, jedoch kann gemeinsam ein Zeichen gesetzt werden. Wir rufen als SPD-Fraktion dazu auf, die [Online-Petition](#) des Aktionsbündnisses zu unterzeichnen.

Schönfärberei zur Stauentwicklung Wer erinnert sich nicht an das zentrale Wahlkampfversprechen der CDU aus 2017: Staufrei sollte Nordrhein-Westfalen werden. Und jetzt? Laut ADAC gab es im vergangenen Jahr 486.000 Kilometer Stau in NRW. Das ist ein Anstieg von 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese objektive Erhebung des Automobilverbands straft das Zahlenwerk von CDU-Verkehrsminister



Hendrik Wüst Lügen. Der hatte nämlich noch vor kurzem behauptet, es gebe weniger Staus in NRW. Jetzt versucht das Ministerium, diese Falschaussage mit einer Debatte über Erhebungsmethoden zu verschleiern. Das ist nicht nur ein leicht durchschaubares Ablenkungsmanöver, es ist ein untaugliches dazu: Die CDU hat die ADAC-Statistik im Wahlkampf noch als Grundlage für ihre Attacken gegen die damalige rot-grüne Landesregierung herangezogen. In einer Aktuellen Stunde haben wir deshalb eine Klarstellung durch die Landesregierung beantragt.

Feststeht: Die CDU hat versprochen, die Staus in NRW zu beseitigen. Daran ist sie gescheitert, die Länge der Staus nimmt zu. Schwarz-Gelb sorgt somit für mehr Staus in NRW. (Foto: pixabay.com)

Rassistischer Anschlag in Bottrop und Essen In der Silvesternacht hat ein Amokfahrer in Bottrop, Oberhausen und Essen mehr als 80 Menschen verletzt. Bei seiner Vernehmung durch die Polizei äußerte sich der Täter eindeutig ausländerfeindlich: Er wollte Ausländer töten. Bei seiner Amokfahrt handelt es sich somit um eine rassistische Tat in klarer terroristischer Absicht. Die Interpretation durch Landesinnenminister Herbert Reul, der Mann habe aus persönlicher Betroffenheit so gehandelt, verharmlost den Charakter der Tat. Gar völlig realitätsfern ist die Einstufung des Verbrechens durch Bundesinnenminister Horst Seehofer als ‚Alltagskriminalität‘.

Die rechte Gewalt kommt jedoch nicht überraschend: Sie ist eine Folge rechter Rhetorik im Alltag, im Internet und in den Parlamenten. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus kommen wir nur weiter, wenn die Feinde der offenen und demokratischen Gesellschaft klar identifiziert und benannt und Maßnahmen ergriffen werden. In einem gemeinsamen [Antrag](#) mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir daher, die Arbeit des Landes NRW gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter zu stärken und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln. Für die SPD-Landtagsfraktion bedeutet dies, im Bereich der Aus- und Fortbildung das Angebot im schulischen Bereich deutlich zu verbessern, beispielsweise durch Bildungsreisen an Gedenkstätten des Holocausts wie Yad Vashem. Auch die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung in diesem Bereich muss weiter ausgebaut werden, ebenso die bereits existierenden Aussteigerprogramme.

Schade ist, dass die Regierungsfractionen von CDU und FDP dem Antrag zwar zugestimmt, sich aber geäußert haben, diesen gemeinsam mit uns zu stellen. Hier wäre ein gemeinsames fraktionsübergreifendes Signal aller demokratischen Fraktionen im Landtag NRW wünschenswert gewesen. Die AfD hat erwartungsgemäß dagegen gestimmt.

Mogelpackung Azubi-Ticket Ein flächendeckendes Azubi-Ticket war und ist für die SPD in NRW und auch die Jusos ein wichtiges verkehrs-, bildungs- und sozialpolitisches Projekt. Deshalb stand es auch in unserem Wahlprogramm 2017. Nachdem CDU und FDP dieses Vorhaben zwei Jahre lang blockiert haben, legen sie nun einen eigenen Entwurf vor. In unseren Augen ist dies jedoch nicht mehr als eine Mogelpackung: Ein Ticket für 80 Euro pro Monat ist für die Auszubildenden kein attraktiver Preis. Schon jetzt zahlen viele eher weniger, womit der potenzielle Erfolg des Azubi-Tickets bereits von vornherein in Frage gestellt werden kann. Wie halbherzig die Landesregierung an das Projekt herangeht, zeigt die Tatsache, dass nur 4,6 Millionen Euro für ganz NRW eingesetzt werden sollen. Wir hätten uns gewünscht, dass Azubis nicht schlechter als Studierende gestellt werden. Das Semesterticket kostet rund 50 Euro pro Monat, ist somit günstiger als das schwarz-gelbe Azubi-Ticket. Sind die Azubis der schwarz-gelben Landesregierung weniger wert als die Studierenden?

Vereinbarkeit von Familie und Gründung fördern Viel zu viele Menschen in NRW verwerfen ihre unternehmerischen Gründungspläne, weil für sie die Vereinbarung von Familie und Gründung nur schwer umzusetzen ist. Besonders für Mütter ist diese Belastung ein häufiges Argument, kein eigenes Startup ins Leben zu rufen. Für Nordrhein-Westfalen als Gründerland liegt hier immens viel Potenzial brach. In einem [Antrag](#) fordern wir die Landesregierung auf, dem ohnehin viel zu geringen Anteil von Frauen im Startup-Bereich durch entsprechende Förderungen entgegenzuwirken. Ein wichtiges Instrument zur Entlastung ist dabei die Bezuschussung haushaltsnaher Dienstleistungen wie Reinigungs- und Versorgungsaufgaben. Auch flexible und adäquate Betreuungsangebote für Kinder sowie die Schaffung und der Ausbau struktureller Beratungsangebote sind unverzichtbare Maßnahmen auf diesem Weg. Leider wurde unser Antrag von den Regierungsfractionen CDU und FDP und natürlich auch der AfD abgelehnt.

Ein Stück Heimat: Kleingartenwesen in NRW Als einziges Bundesland hat NRW die Förderung des Kleingartenwesens in der Landesverfassung verankert. Und das aus gutem Grund: Insgesamt 118.000 Kleingärten in 1.600 Anlagen stellen für die Menschen eine



wichtige kostengünstige und wohnungsnaher Erholungsmöglichkeit dar. Diese Form der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht und fördert nicht nur soziale Kontakte. Sie erfüllen in unseren Städten und Gemeinden eine prägende soziale, ökologische und auch stadtgestalterische Funktion. Unser [Antrag](#), Kleingärten als Teil öffentlichen Grüns planerisch und als wichtige Quartiersentwicklung zu sichern und zu fördern, wurde einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Witten und Herdecke

100 Jahre Frauenwahlrecht Am 19. Januar 1919 konnten Frauen erstmalig in Deutschland wählen und gewählt werden. Dieses Recht war und ist ein Ergebnis des langen und schweren Kampfes vieler Frauen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie für mehr Gleichberechtigung. Die SPD in Herdecke hat diesen bedeutenden Jahrestag mit einer



Vorführung des Filmes „Suffragette – Taten statt Worte“ und einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen in der Politik“ gefeiert. Als Abgeordnete des Landtags NRW bin ich eine von 55 Frauen in diesem Parlament, das somit einen Frauenanteil von nur 27 Prozent hat. In den kommunalen Räten und Kreistagen zeichnet sich ein ähnliches Bild. Kann und soll es das also gewesen sein? Ich sage: Nein!

Klausurtagung der SPD Ennepe-Ruhr In Meschede hat der Vorstand der EN-SPD gleich zu Beginn des Jahres bei einer Klausurtagung das politische Jahr 2019 geplant. Neben Bildungsangeboten und -fahrten für unsere Mitglieder und dem Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ging es natürlich auch um den bevorstehenden Europawahlkampf mit und für unseren Kandidaten Dietmar Köster. Egal ob in Land, Bund und Europa – die aktuellen Umfragen zeigen deutlich, dass wir noch mehr und noch überzeugender als sonst gemeinsam um jede Stimme kämpfen müssen.



Gedenken an die Opfer des Holocaust In ganz Deutschland wurde am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In Witten hatte das Stadtarchiv in Kooperation mit weiteren Akteuren ein interessantes Programm auf die Beine gestellt. Nach einem Gedenkgottesdienst und der Eröffnung der Plakatausstellung „Die Gegenwart von Auschwitz“ in der Erlöserkirche in Annen wurde auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Buchenwald in der Immermannstraße ein Kranz niedergelegt. Im Anschluss daran erläuterte der Wittener Historiker Ralph Klein den zahlreich erschienenen Gästen das Gelände des Erinnerungsortes. Zwangsarbeit, Verfolgung und Menschenfeindlichkeit



fanden nicht nur in Lagern an weit entfernten Orten statt, sondern auch direkt vor unserer Haustür. Auch heute ist völkisch-nationalistisches Gedankengut und die daraus resultierende Diskriminierung von Mitmenschen in einem so erschreckenden Ausmaß in unserer Gesellschaft wiederzufinden wie ich es noch nicht erlebt habe. Aus diesem Grund ist Erinnerungsarbeit so wichtig.

Ich finde es klasse, dass die Ausstellung des Stadtarchivs auch interessierten Gruppen und Schulklassen zur Verfügung steht. Wir dürfen unsere Vergangenheit nicht vergessen und zu der aktuellen Entwicklung nicht schweigen!

Brötchen mit Büteführ Auch im neuen Jahr biete ich wieder regelmäßig meine Bürgersprechstunde in Herdecke und Witten an. Diesmal aber in einem neuen Format: Ich lade interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu einem „Brötchen mit Büteführ“ ein. In lockerer Atmosphäre gibt es bei Kaffee und Brötchen die Möglichkeit, ins



Gespräch zu kommen. Egal ob Straßenausbaubeiträge, Kitaplätze, andere aktuelle Themen der Landespolitik oder dringende Anliegen: Ich freue mich auf interessante Gespräche am Frühstückstisch. Los geht es am Donnerstag, den 31. Januar 2019, von 10.00 bis 11.30 Uhr im „Café Erste Sahne“ in der Hauptstraße 44 in Herdecke.

... **zum Schluss** Mit einigen Fraktionskolleginnen habe ich kürzlich an einer Führung durch die Dauerausstellung „Haus der Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion in Düsseldorf teilgenommen. Besucher*innen erleben im ehemaligen Amtssitz der NRW-Ministerpräsidenten eine politische und gesellschaftliche Zeitreise von der Geburtsstunde Nordrhein-Westfalens im Jahr 1946 bis in die Gegenwart. Unter anderem konnten wir am alten Kabinettstisch Platz nehmen und viele Exponate bewundern. Meine Kolleginnen und ich fanden die Führung sehr spannend und informativ und empfehlen sie gerne weiter. Wer Zeit und Lust hat, findet mehr Informationen auf der [Homepage](#) des Landtags. Es gibt übrigens auch ein Extra-Programm für Schulklassen.



Der alte Kabinettstisch in der Villa Horion



Meine Kolleginnen und ich „aufgereiht“

Impressum

Dr. Nadja Büteführ MdL

Annenstr. 8
58453 Witten
02302 1767680
nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
0211 8842292
www.nadja-buetefuehr.de